



**Geschäftsführung  
Betriebsausschuss  
Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt  
Köln**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 26.01.2012

**Niederschrift öffentlich**

über die **Sitzung Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 10.11.2011, 15:00 Uhr bis 19:10 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

**Anwesend waren:**

**Vorsitzende**

Frau Dr. Sabine Müller GRÜNE

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	stellv. für Herrn BM Bartsch bis 18:00 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU	bis 18:45 Uhr
Herr Klaus Koke	CDU	stellv. für Frau Welcker
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Arlt	Pro Köln	

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Herr Heinz Peter Fischer Die Linke.Köln bis 17:35 Uhr

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Barbara Albat auf Vorschlag der SPD

Herr Wilfried Becker SPD-Fraktion bis 18:25 Uhr

Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU	
Herr Heribert Resch	CDU	
Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen	bis 18:40 Uhr
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen	ab 15:30 Uhr
Herr Mike Pöhler	FDP	

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Käthe Reiff	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

### **Verwaltung**

Herr Prof. Dr. Ernst Drösemeier	57 Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Frau Anke Ludwig	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Frau Beigeordnete Henriette Reker	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt
Herr Peter Winkels	Dezernat V - Soziales, Integration und Umwelt – Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Abfallwirtschaftsbetrieb

### **Schriftführerin**

Frau Barbara Bültge-Oswald	57 Umwelt- und Verbraucherschutzamt
----------------------------	-------------------------------------

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Ute Saher	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik
Herr Fatih Turan	KIM
Frau Minu Nikpay	KÖBES

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 2 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 3 Mündliche Anfragen**
- 4 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 5 Allgemeine Beschlussvorlagen**
  - 5.1. Finanzierung der Optimierungsmaßnahmen des Winterdienstes  
4345/2011  
  
Optimierung der Finanzierung des Winterdienstes  
Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
AN/2012/2011
- 6 Mitteilungen**
  - 6.1 Taubenvergrämung  
3872/2011
- 7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 9 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 10 Mündliche Anfragen**
- 11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 12 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 13 Vergaben**
- 14 Mitteilungen**
  - 14.1 Benchmarking AWB Köln GmbH & Co. KG  
4266/2011
- 15 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

## **I. Öffentlicher Teil**

### **1 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**

Keine.

### **2 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**

Keine.

### **3 Mündliche Anfragen**

Keine.

### **4 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**

Keine.

### **5 Allgemeine Beschlussvorlagen**

#### **5.1 Finanzierung der Optimierungsmaßnahmen des Winterdienstes 4345/2011**

##### **Optimierung der Finanzierung des Winterdienstes Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/2012/2011**

SB Herr Dr. Fladerer spricht sich grundsätzlich für die Finanzierung des Winterdienstes aus dem Haushalt aus. Aufgrund des letzten extremen Winters mit großen Beeinträchtigungen des öffentlichen Lebens in Köln mussten allerdings umfangreiche Optimierungsmaßnahmen für künftige extreme Wetter- bzw. Verkehrsverhältnisse getroffen werden, die den Winterdienst verteuerten. In Anbetracht der Haushaltslage müssten diese Optimierungsmaßnahmen finanziert werden, wozu die Verwaltung zwei Modelle vorschläge.

Die SPD-Fraktion sei der Auffassung, dass der Winterdienst auf eine breitere Finanzierungsgrundlage gestellt werden müsse, an dem Grundsatz der Haushaltsfinanzierung jedoch nicht gerüttelt werden dürfe. Daher plädiere man für eine Finanzierung über die Grundsteuer, denn dies sei die einzige Möglichkeit einer gerechten Finanzierung und betreffe alle Kölnerinnen und Kölner. Die Finanzierung über die Straßenreinigungssatzung scheidet für die SPD-Fraktion aus, da so die gesamten Kosten des Winterdienstes auf nur 30 % der Kölnerinnen und Kölner verteilt würden.

Die gerechte Lösung sei eine Erhöhung der Grundsteuer B um 15 Prozentpunkte, was einer prozentualen Erhöhung der Grundsteuer um 3 % entspreche. Pro Kopf werde jede Kölnerin und jeder Kölner etwa 6 Euro im Jahr für den Winterdienst zahlen müssen.

RM Herr Kienitz erklärt für die CDU-Fraktion, man könne beide Vorschläge der Verwaltung zur Finanzierung so nicht mittragen. Man sei der Auffassung, dass es noch andere Wege gebe und es eindeutig sei, wo das Geld bzw. die Gewinne vorhanden seien.

Auch müsse die Stadt Köln an bestimmten Stellen des Winterdienstes ihre Vorbildfunktion wahrnehmen - wenn es z. B. um das Räumen von Schnee gehe - und könne von den Einwohnerinnen und Einwohnern erwarten, dass diese ihren Verpflichtungen ebenfalls nachkommen. Die Finanzierung des Winterdienstes solle jedoch nicht von ihnen, sondern von den Abfallwirtschaftsbetrieben der Stadt Köln (AWB) erfolgen.

RM Herr Brust entgegnet, dass das gesamte Geld, was die Stadt Köln ausbebe, letztlich von ihren Bürgerinnen und Bürgern komme. Da aber die Gewinne der AWB über den Stadtwerkekonzern (SWK) in die Stadtkasse fließen, fehle das Geld dann an anderer Stelle des städtischen Haushalts. Somit bleibe ein Fehlbetrag von 6 Mio. Euro, die gedeckt werden müssten. Daher schließe sich die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den Aussagen von Herrn Dr. Fladerer an, die Finanzierung des Winterdienstes über die Grundsteuer zu finanzieren.

SB Herr Dr. Albach bemerkt, die FDP-Fraktion halte eine Finanzierung des Winterdienstes über eine Gebühr ebenfalls für die falsche Lösung, da dieser nicht, wie andere Dienstleistungen, vorhersehbar sei. Er müsse aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden.

Man könne jedoch nicht für jeden Einzelfall eine Finanzierung bereitstellen, sonst müssten auch für andere Maßnahmen, wie z. B. das Klimaschutzkonzept, extra finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dies müsse in den Haushaltsplanberatungen geklärt werden. Die FDP-Fraktion halte daher eine Steuererhöhung, insbesondere für eine Einzelmaßnahme, für absolut unnötig. Abschließend bittet Herr Dr. Albach, dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zuzustimmen.

SE Herr Fischer wendet ein, beide Finanzierungsvorschläge der Verwaltung seien ungerecht. Das Argument, jede und jeder nutze die Straßen, stimme so nicht. Als Beispiel nennt er die alte Dame aus einer Nebenstraße in Köln-Buchforst, die im letzten Winter mit ihrem Rollator keinen Meter weit gehen können, da dort nur die Hauptstraße geräumt gewesen sei. Sie habe zudem zwei Tage lang ihr Essen auf Rädern nicht bekommen können, da auch dieses Fahrzeug nicht durch die Straßen gekommen sei.

Insofern sei die Bezahlung aus dem Haushalt und die Finanzierung aus den Gewinnen der AWB gerecht.

RM Herr Brust bemerkt zum Beschluss des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales (AVR), die Reinigung der Bushaltestellen über die KVB zu finanzieren, dass dies Sinn mache, da so Gewerbesteuer bei den Stadtwerken eingespart werde.

Hierzu erläutert Herr Winkels, dass öffentliche Gehwege, und um die handle es sich bei Bushaltestellen, nach dem Straßenreinigungsgesetz zur Straße gehörten. Die Kommunen seien verpflichtet, die Straßen zu reinigen. Die KVB nutze zwar die Gehwege, sei aber kein Anlieger. Eine Rechtsgrundlage, die KVB zur Reinigung heranzuziehen, habe die Stadt Köln nicht. Die Stadt könne zwar versuchen, die KVB zur Zahlung heranzuziehen. In Anbetracht der Tatsache, dass keine Rechtsgrundlage vorhanden sei, halte man es jedoch nicht für optimal, dies durchzusetzen.

- Zunächst stellt die Ausschussvorsitzende den Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung:

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss möge beschließen, die Beschlussvorlage 4345/2011 "Finanzierung der Optimierungsmaßnahmen des Winterdienstes" wie folgt zu ändern:

Der Beschlusstext wird durch folgende Formulierung ersetzt:

"Die Verwaltung wird beauftragt, die Winterdienstkosten aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren."

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich abgelehnt** mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der Fraktion pro köln gegen die Stimme der FDP-Fraktion.

- Anschließend stellt sie die **Alternative des Beschlussvorschlags der Verwaltung** zur Abstimmung:

**Beschluss:**

Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Alternative:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Winterdienstkosten aus dem Haushalt zu finanzieren.

Dazu hat sie dem Rat zur Deckung der ungedeckten Winterdienstkosten eine Satzung zur Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B um 15 Prozentpunkte ab 01.01.2012 zur Entscheidung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

**Mehrheitlich zugestimmt** mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, FDP-Fraktion und Fraktion pro köln

## **6 Mitteilungen**

### **6.1 Taubenvergrämung 3872/2011**

SE Herr Bilke bittet im Zusammenhang mit der Sanierung von Eisenbahnbrücken im Innenstadtbereich und der gleichzeitigen Unterschutzstellung einiger dieser Brücken um ein abgestimmtes Verfahren im Hinblick auf Taubenvergrämungsmaßnahmen.

Beigeordneter Herr Streitberger weist darauf hin, dass die Brücken im Zuge der Sanierung abgebrochen und in neuer Spannweise als Einfeldbrücken neu gebaut werden. Die Brücken stehen nicht unter Denkmalschutz. Sollten sie unter Denkmalschutz gestellt werden, müsse die Notwendigkeit der Ertüchtigung dieser Brücken sowie die Querschnittsaufbereitung realisiert werden. Die Konstruktion werde dann weiter sichtbar bleiben. Wenn die Brücken erneuert würden, sei durch die Konstruktion sichergestellt, dass wesentlich weniger Aufenthaltsfläche für die Tauben vorhanden sei.

Der Betriebsausschuss für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 3 Absatz 4 Satz 2 der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln**

Keine.

gez. Dr. Sabine Müller  
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald  
(Schriftführerin)